

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Knechtel  
Verleger: A. Auer, Leipzig  
Herausgeber: A. Auer, Leipzig  
Druck: A. Auer, Leipzig

Abonnementspreis: Durch unsere Seiten frei ins Haus monatlich 4.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 3.50 Mark. Bei der Post bezahlt vierteljährlich 12.00 Mark, monatlich 4.00 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonntagen und Feiertagen. Unsere Zeitungsabnehmer und Ausgabehelfer, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die Abgabepreise sind für den Raum für Anzeigen aus Auer und dem Gebiet des Erzgebirges 20 Pf., auswärtige Anzeigen 25 Pf., Kleinanzeigen 10 Pf. — Mark. Bei größeren Abstellungen auf besonderen Wunsch Anzeigenpreise bis 1/2 Mark. Für die Zeit im Tag kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht rechtzeitig kommt.

Nr. 37.

Montag, den 14. Februar 1921.

16. Jahrgang.

## Das Wichtigste vom Tage.

Die Note der bairischen Regierung über die Einwohnerwehr in Bayern ist am Sonnabend der Reichsregierung überreicht worden. Sie wird vertraulich behandelt, also nicht veröffentlicht werden.

Im Reichsministerium des Innern wird der Entwurf eines neuen Gesetzes über die Einwohnerwehren ausgearbeitet.

Die französische Regierung hegt den dringenden Wunsch, jede Verzögerung der Londoner Konferenz zu vermeiden, die am 21. Februar beginnen und zuerst die Orientfrage behandeln soll.

## Simons über die Pariser Beschlüsse

Eine Rede in Stuttgart.

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons sprach am gestrigen Sonntag vormittag in Stuttgart vor mehr als tausend Personen, darunter die württembergischen Minister, Vertreter aller Organisationen der Beamten, der Arbeiterschaft, des Handels, der Industrie usw. über die politische Lage. Minister Simons führte aus, daß die nähere Prüfung der Pariser Beschlüsse das in seiner Reichstagsrede gefällte Urteil nur bestätigt hätte. Es sei auffallend, daß weder Lloyd George noch Briand oder Graf Storza in ihren seither bekannt gewordenen Reden über die Beschlüsse den Versuch gemacht hätten, aus dem Material der Brüsseler Konferenzen nachzuweisen, daß Deutschland zur Zahlung der ungeheuren Lücken fester Annuitäten von 6 Milliarden Gold jährlich fähig sei. Man habe die deutsche Leistung nicht finanziell und wirtschaftlich zu begründen gesucht, sondern nur phantastische Ziffern über die künftige Höhe des deutschen Exportes genannt. Ueber die 12prozentige Ausfuhrabgabe seien die verschiedensten, zum Teil im völligen Widerspruch zu einander stehenden Ansichten geäußert worden. Diese Abgabe sei unvereinbar nicht nur mit den Interessen der deutschen Wirtschaft, sondern mit denen eines europäischen Verkehrs überhaupt. Die bisherige Debatte habe klar ergeben, daß die Reparationsbestimmungen des Friedensvertrages die ungeheure Aufgabe des Wiederaufbaues der europäischen Wirtschaft nicht gelöst hätten, sondern durch neue Bestimmungen ersetzt werden müßten. Die Lösung könne aber nicht diktiert werden.

Da die Hauptlast der Ausgabe auf Deutschlands Schultern falle, sei es nötig, Deutschlands freiwillige Zustimmung zu gewinnen. Die deutschen Vorschläge würden zeigen, daß Deutschland die Pflicht, bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit für die Heilung der Kriegsschäden zu arbeiten, ernst nehme. Sie würden nicht durch phantastische Ziffern prunken, aber praktisch durchführbar sein. Was die europäische Gesamtwirtschaft brauche, nämlich eine große Anleihe zum Zwecke ihres Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete und zur Deckung der sonstigen Kriegsschäden, sei erreichbar, wenn man eine ganze Anzahl der komplizierten Bestimmungen des Friedensvertrages durch einfache und klare Finanzverbindlichkeiten ablöse. Weiterhin bedürfe es einer Verständigung über die Bedingungen, unter denen der deutsche Export, die einzige dauernde Quelle für deutsche Zahlungen, gesteigert werden könne, ohne sich selbst sowohl wie die Industrie der übrigen Staaten zu gefährden. Die 12prozentige Exportabgabe sei dazu absolut ungeeignet. Man solle darüber die industriellen Sachverständigen der beteiligten Länder in unmittelbare Verhandlungen eintreten lassen. Endgültig aber müsse auch das technische Problem des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete angefaßt werden. Frankreich und Belgien lehnen jede technische Mitarbeit Deutschlands ab, ohne selbst imstande zu sein, die Aufgabe zu lösen. Deutschland biete uneigennützig Hilfe an. Es wolle weder Kolonien gründen, noch Baugewinne machen. Es habe nur nicht die Absicht, ungeheure Summen zu zahlen und zu verzinsen, die es bereits mit sehr viel geringeren Kosten hätte ausführen können.

Hätte man das Brüsseler Programm zuerst vermischt, so wäre es vielleicht möglich gewesen, nach dem sogenannten Seydoux'schen Vorschlag zu einer vorläufigen Regelung der deutschen Leistung zu gelangen. Jetzt sei das ausgeschlossen, weil das deutsche Volk hinter jedem Provisorium, die ungeheure Zahl von Goldmillarden wie ein Gespenst aufzueigen sehe. Die Annahme jedes Abkommens, das in London geschlossen werden kann, durch die deutschen Gesetzgebenden Körperschaften sei notwendig. Die Erkenntnis unserer Gegner, daß das Werk von Versailles veränderungsbedürftig sei, bilde einen Aktivismus in der Bilanz der Pariser Konferenz. Bei der abstrakten Stellung, welche sich die Vereinigten Staaten von Amerika als Gläubiger und als Rohstofflieferant mit Recht für die Reparationsfrage beimessen könnten, erscheine es auffällig, daß die Londoner Konferenz auf einen Reitspunkt

angeseht sei, in welchem die amerikanische Regierung nicht in die Debatte eingreifen könne. Beschränkt werde auch die ungeklärte Lage im Osten für die Regelung der Reparationsfrage und des Wiederaufbaues wirken, insbesondere, wenn die Tendenz des Ausschusses des deutschen Handels vorwiegend das Problem der Reparation werde nicht großzügig genug aufgefaßt. In die Stelle des Gedankens der Strafe und der Konkurrenz müßten die Gedanken der Hilfe und der Solidarität treten.

## Neue Enthüllungen über Rußlands Kriegsschuld.

Die Veröffentlichungen des ehemaligen französischen Botschafters in Petersburg, Pateologue, in der Revue des deux mondes ziehen immer weitere Kreise. Von besonderem Interesse ist ein sehr langer Aufsatz von Professor Baron Boris S. Kolbe, dem einstigen Leiter der Rechtsabteilung im russischen Auswärtigen Amt und Führer der Kadettenbewegung. In der Pobjednija Nowostj. Kolbe, keineswegs ein Deutschenfreund, schreibt da u. a. folgendes:

Dem Schicksal gefiel es, daß im Sommer 1914 das Steuer des Staatskassiers in Wien sich in den Händen des leeren und leichtfertigen Mannes befand, welcher auf dem Wege des letzten bedeutenden Oesterreich-Ungarn, Mehrenthal, zu wandeln wählte. Aber Mehrenthal war klug, reif und vorläufig, Berchtold aber teigbar keine von diesen Eigenschaften. Ebenso unheimlich aber ist es, daß auch die anderen, statt das Feuer an einem Ende Europas zu löschen, die Nachbargebäude in Brand zu stecken sich beeilten. Ich übergebe Herrn Pateologue das Wort: Den 24. Juli 1914. Um 8 Uhr abend gehe ich in das Ministerium des Auswärtigen, wo Sazonow mit meinem deutschen Kollegen vertritt. Einige Augenblicke später sehe ich, wie Bourtales mit einem Gesicht, das die heftigste Erregung ausdrückt, und mit glänzenden Augen hereintritt. Der Streit war, wie es scheint, heiß. Er drückt mir gerührt die Hand während ich in das Kabinett des Ministers trete. Sazonow zittert noch am ganzen Körper infolge des Streites, den er eben gehabt hat; seine Bewegungen sind nervös, die Stimme ist trocken und heftig. — Genau wie ich es vorausgesehen hatte, unterstützt Deutschland die österreichische Sache ihrem Wesen nach. Daher habe ich Bourtales kategorisch erklärt, daß wir Serbien nicht allein mit Oesterreich-Ungarn bei der Belagerung des Streites lassen werden. Unser Gespräch endete mit erhobener Stimme — Wenn die Gespräche zwischen Petersburg und Berlin in einem derartigen Tone fortgesetzt werden müssen dauern sie nicht lange. Dann werden wir in kurzer Zeit sehen, wie Kaiser Wilhelm sich in seiner schimmernden Wehr erhebt. Erhöhen nicht allein Mittel der Verständigung! — Ich werde alles mögliche tun, um den Krieg zu vermeiden, doch bin ich wegen der Wendung besorgt. — Darf ich meiner Regierung bezeugen, daß Sie keine militärische Maßnahme angeordnet haben? — Keine. Wir haben nur beschlossen, insgesamt die 80 Millionen zur Rückzahlung, die als Deposition in deutschen Banken lagen. — Unser Gespräch genante, um seine Nerven zu beruhigen.

Kolbe schreibt nun: Das ist ein authentisches Zeugnis für die Unwahrscheinlichkeit der Revolution in Petersburg. Der Abstand, der Rußland vom Weltkrieg trennte, verringerte sich mit einem Male bis zum Minimum. Es folgten die Tage des siebzehnten bis dreißigsten Juli, der Tag, an dem der Krieg unermesslich geworden war. Am dreißigsten um 1 Uhr mittags ging von Wien ein Telegramm ab, in dem Berchtold seinem Botschafter in Berlin den Auftrag gab, zu bitten, Bourtales möge in Petersburg von dem österreichischen Botschafter Szapary gegebenen Auftrage, in direkte Verhandlungen mit Sazonow zu treten, Mitteilung machen. Oesterreich-Ungarn verpflichtete sich, auf jede Aneignung serbischer Territorien zu verzichten, und die Selbständigkeit Serbiens durchaus zu achten. Und fast in der gleichen Stunde, in welcher dieses den Weg zum Frieden eröffnende Telegramm abgesandt wurde, spielten sich in Petersburg folgende Ereignisse, die von Pateologue zum ersten Male ausführlich mitgeteilt werden ab: Sazonow betritt das Petersburger Palais zum Vortrag beim Kaiser. Er findet diesen unter dem ungünstigsten Eindruck des nach dem Kaiser Wilhelm gesandten Telegramms mit dem fast drohenden Ton: Wenn Rußland gegen Oesterreich-Ungarn mobilisieren wird, wird die Vermittlerrolle, welche ich auf Deine dringende Bitte hin übernommen habe, kompromittiert, wenn nicht unmöglich werden. Die ganze Last des Entschlusses liegt auf Deinen Schultern, und Du trägst die Verantwortung für Krieg und Frieden. — Sazonow machte eine Gebärde der Verzweiflung. Deutschland weicht der Vermittlerrolle aus und sucht nur Zeit zu gewinnen, um im geheimen seine Vorbereitungen zum Angriff zu beenden. Unter diesen Bedingungen können Cure Majestät den Befehl zur allgemeinen Mobilisierung nicht aussprechen. Bleib und mit einem Krampf in der Kehle antwortet ihm der Kaiser: Denken Sie daran, daß es sich darum handelt, Tausende und Abertausende von Menschen in den Tod zu schicken! Sazonow: Das Gewissen

Cure Majestät und das meinige werden sich keine Sorgen machen können. Cure Majestät und Cure Majestät Regierung haben alles getan, die Welt von dieser Mobilisierung zu befreien. . . Wenn Cure Majestät die Mobilisierung aufhalten werden, werden Sie Unordnung in die Kriegszustand hineintragen und unsere Verbündeten in Verwirrung bringen. Der Krieg wird dennoch in jener Stunde entstehen, in welcher Deutschland ihn will, und er wird uns in voller Unordnung antreffen. Nach einem Augenblick des Zögerns spricht der Kaiser mit fester Stimme: Befehl! Dmitriewitsch, telephonieren Sie an den Chef des Generalstabes, daß ich die allgemeine Mobilisierung anbehole. Sazonow geht in den Schloßvorraum hinab zur Telephonzelle und übergibt General Janofschewitsch den kaiserlichen Befehl. Die Uhr zeigt genau auf vier.

## Kleine politische Meldungen.

Keine Erhöhung der Einkommen- und Besitzsteuer. In seiner Rede vor der Handelskammer in Bremen sprach der Reichsfinanzminister auch von der Einkommensteuer und den Besitzsteuern. Der Reichsfinanzminister erklärte, daß die Einkommensteuer und die Besitzsteuern die Grenze des Möglichen erreicht, sogar überschritten hätten. Diese Auffassung finde man auch in den Kreisen der Militärs. An eine Verschärfung dieser Steuern könne daher nicht gedacht werden.

Neue Schwierigkeiten in Bayern. Die politische Lage in Bayern hat noch keine Entspannung erfahren. Die Selbstschutzbünde in der Oberpfalz haben in einer Erklärung in Regensburg beschlossen, sich nicht aufzulösen, da das Dekret der Entente nur die Entwaffnung, aber nicht die Auflösung fordert. Die Münchener Gewerkschaften erlassen einen Aufruf mit der Ankündigung des Generalstreiks in Bayern, falls sich neue Zwischenfälle in der Entwaffnungsfrage ereignen sollten.

Neue Kohlenverhandlungen. Temps meldet, daß am 1. März eine Beratung der Reparationskommission mit deutschen Kohlenfachverständigen stattfinden wird, um das Lieferungsprogramm für den Monat April zu bestimmen. Für die Monate Februar und März bleibe es bei den vorhergehenden Lieferungen von 2200 000 Tonnen plus 250 000 Tonnen Rückstände.

Mehrheitssozialisten und Deutschnationale. Der frühere Reichsminister Hermann Müller sprach in einer sozialdemokratischen Wählerversammlung in Höchst a. M. Er lehnte jegliches Zusammengehen mit der Deutschnationalen Volkspartei ab, indem er erklärte, es möge kommen, was da wolle, mit den Deutschnationalen werde keine Partei keine Koalition eingehen. Die Sozialdemokratie werde nur dann in die Regierung wieder eintreten, wenn entweder die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag sich änderten oder wenn ganz bestimmte zwingende Gründe vorlägen.

Die evangelischen Landeskirchen gegen Paris. Der Deutsche evangelische Kirchenrat aus als Gesamtdirektion der deutschen Landeskirchen erhebt in einer Erklärung gegen die Pariser Beschlüsse vor Gott und aller Welt, insbesondere vor der evangelischen Christenheit, die Anklage, daß unter dem Namen und Vorwande des Friedens ein christliches Kulturvolk aus den Reihen der freien und lebensfähigen Völker endgültig gestrichen werden soll.

Militärische Vorbereitungen Frankreichs. Nach Meldungen aus Mainz wurde durch Militärbefehl die Verlaufsperle für Offiziere und Mannschaften in französischen Wehrbereich bis 5. März, also nach der Londoner Konferenz, verlängert. In Mainz sind zwei weitere französische Kompagnien eingetroffen.

Ein deutsch-österreichisches Abkommen. Die deutsche und die österreichische Regierung trafen am 1. September 1920 bis zum Abschluß des endgültigen Handelsvertrages ein vorläufiges Abkommen zur Regelung ihrer beiderseitigen wirtschaftlichen Beziehungen. Die Ratifikationsurkunden zu diesem Abkommen wurden im Bundesministerium für Außenbeziehungen zwischen dem Bundeskanzler und dem deutschen Gesandten ausgetauscht, womit das Abkommen in Kraft getreten ist.

Einigung zwischen der römisch-katholischen und der griechisch-katholischen Kirche? Seit einiger Zeit finden in Rom Verhandlungen statt zwischen Vertretern der russischen Kirche und dem Vatikan, die auf eine Vereinigung der beiden Kirchen abzielen. Die Verhandlungen nehmen einen günstigen Verlauf.

Briands Stellung geklärt. Der gut unterrichtete Pariser Berichterstatter der Westminster Gazette schreibt, das Schicksal Briands hänge von der Londoner Konferenz ab. Briand sei nur gebührenderweise Ministerpräsident; man halte ihn auf Probe. Wenn er den Deutschen auch nur irgendwie nachgeben sollte, so bestehe keine Hoffnung, daß er seiner Niederlage entgehe.

Churchill wieder auf der Bildfläche. Amlich wird aus London gemeldet: Der König hat die Rücktrittsgesuche von Milner und Long angenommen und die Ernennung Churchill zum Kolonialminister, Worthington Evans zum Kriegsminister, Lord Lees zum Marineminister und Griffith Boscowens zum Landwirtschaftsminister genehmigt.

Englischer Vorschlag einer Abrüstungskonferenz. Sir Archibald Colquhoun, der englische Botschafter in Washington, hat den Auftrag erhalten, die amerikanische Regierung zu einer Konferenz einzuladen, auf der die Frage der allgemeinen Abrüstung von allen Großmächten beraten werden soll. Der neue Präsident, Harding, soll erklärt haben, daß er mit ganzem Herzen an der Verwirklichung des Abrüstungsproblems mitarbeiten werde.

Japanische Ablehnung der Abrüstung. Aus Tokio wird gemeldet, daß im japanischen Parlament ein Antrag des früheren Justizministers Otsuki über die Abrüstung der japanischen Flotte und des japanischen Heeres mit 258 Stimmen gegen 38 Stimmen mit Entzückung abgelehnt wurde.